

Öffentliche Sitzung

- 4 "Digitale Bezirksvertretungen"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.18
- m. Stn. v. 25.01.18
- Neudruck
- 2018/2086

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Im Verlauf der Diskussion wird deutlich, dass sich noch keine einheitliche Handhabung abzeichnet. Einige Bezirksvertreter möchten vollständig auf Papierunterlagen verzichten, wohingegen andere noch gar nicht auf digitale Sitzungsunterlagen umsteigen wollen. Weitere Bezirksvertreter möchten zusätzlich zu einem iPad die Papierunterlagen erhalten. Außerdem wird eine längere Übergangszeit gewünscht und eine Unterstützung in Form einer Einführung in die Hard- und Software der digitalen Endgeräte. Zudem wird hervorgehoben, dass die Anfertigung von Notizen auf den Sitzungsunterlagen in Papierform komfortabler ist, als auf den digitalen Dokumenten.

Herr Molitor (01) macht deutlich, dass das Ziel der Digitalisierung insbesondere eine Einsparung von Kosten ist und dem die Versendung von Sitzungsunterlagen in Papierform zur parallelen Nutzung eines iPads widerspricht. Die Verwaltung wird den Übergang von „analog zu digital“ bestmöglich unterstützen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Herr Molitor (01) verdeutlicht, dass das Ziel der Digitalisierung insbesondere eine Einsparung von Kosten ist. Diesem Ziel widerspricht die Versendung von Sitzungsunterlagen in Papierform zur parallelen Nutzung eines iPads. Die Verwaltung wird den Übergang von „analog zu digital“ bestmöglich unterstützen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 9 (3 CDU, 3 SPD, 2 OP, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dagegen: 2 (1 CDU, 1 PRO NRW)

Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

Persönliche Notizen:

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 01.02.2018:

Herr Pockrand (SPD) schlägt vor, neben den iPads auch einen Stift und eine App (z.B. wie bei der AVEA), welche handschriftliche Notizen mit dem Stift auf dem iPad ermöglicht, anzubieten und diese möglichst zeitnah zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen die Mitglieder der Bezirksvertretung, die sich für die Nutzung von iPads entscheiden, direkt ab dem Zeitpunkt der Nutzung von iPads keine Papierunterlagen mehr erhalten.

Herr Bezirksvorsteher Schönberger lässt über den Antrag mit den vorgetragenen Änderungen von Herrn Pockrand (SPD) abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der IVL die, im Rat bereits erfolgte, technische Umrüstung auf digitale Arbeitsmaterialien und Endgeräte anstelle der Beratungsunterlagen in Papierform, auch in den Bezirksvertretungen für die Stadtbezirke I, II und III zeitnah umzusetzen.

Zur besseren Nutzerfreundlichkeit sind Endgeräte ca. in der Größe eines DIN A4-Blattes zu verwenden. Zusätzlich sind auch ein Stift und eine App für handschriftliche Notizen bereitzustellen. Mitglieder der Bezirksvertretungen, die sich für die Nutzung von digitalen Endgeräten entscheiden, erhalten ab dem Zeitpunkt der Nutzung keine Papierunterlagen mehr.

- einstimmig -

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 14 (4 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,
1 OP, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 2 (1 CDU, 1 PRO NRW)

Hauptausschuss am 26.02.2018:

- wird nachgereicht -

Persönliche Notizen:

- 5 2. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Leverkusen, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen vom 02.07.2014 2017/1802

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 25.09.2017:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu den die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I betreffenden Punkten

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 26.09.2017:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu den die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II betreffenden Punkten

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 28.09.2017:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 10 (5 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)

dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)

Hauptausschuss am 16.10.2017:

Rh. Eimermacher (CDU) bittet die Verwaltung um Prüfung, ob Möglichkeiten bestehen, die Aufzeichnungen der Sitzungen im Internet dauerhaft verfügbar zu machen. Er beantragt die Vertagung der Vorlage in den nächsten Sitzungsturnus.

Rh. Ippolito (SPD) spricht sich dafür aus, die Aufzeichnungen nur auf Servern der Stadt zu speichern.

Die Vorlage wird einstimmig in den nächsten Sitzungsturnus vertagt.

Rat der Stadt Leverkusen am 16.10.2017:

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt, wie im Hauptausschuss, über eine Vertagung der Vorlage in den nächsten Sitzungsturnus abstimmen.

- einstimmig -

Hauptausschuss am 22.11.2017:

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den 2. Nachtrag von der Tagesordnung abgesetzt.

Persönliche Notizen:

Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 26.02.2018

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 27.11.2017:

Der Tagesordnungspunkt 3 (Vorlage Nr. 2017/1802) wurde bereits über den 2. Nachtrag von der Tagesordnung abgesetzt, da noch verwaltungsinterner Klärungsbedarf besteht.

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 28.11.2017:

Der Tagesordnungspunkt wurde über den 2. Nachtrag von der Tagesordnung abgesetzt, da noch verwaltungsinterner Klärungsbedarf besteht.

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 30.11.2017:

Der Tagesordnungspunkt 6 (Vorlage Nr. 2017/1802) wurde bereits über den 2. Nachtrag von der Tagesordnung abgesetzt, da noch verwaltungsinterner Klärungsbedarf besteht.

Hauptausschuss am 26.02.2018:

- wird nachgereicht -

Persönliche Notizen:

- 8 Aktivierung der Leverkusener Parkhausgesellschaft, Verbleib in städtischer Regie
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.01.18
2018/2069

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Der Ausschuss berät lebhaft und Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass die Debatte beendet wird, da im Finanz- und Rechtsausschuss nicht über den Parkdruck im Allgemeinen, sondern lediglich über die Eigentumsfrage der LPG beraten werden soll.

Der Vorsitzende, Rh. Eimermacher (CDU), lässt hierüber abstimmen:

dafür: 12 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)
dagegen: 4 (1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Rf. Dr. Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) beantragt über den Antrag Nr. 2018/2069 getrennt abzustimmen, da er ihrer Meinung nach zwei verschiedene Thematiken beinhaltet.

Punkt 1 ist der im Antrag der Fraktion OP aufgeführte Absatz „Die Leverkusener Parkhausgesellschaft (LPG) verbleibt im Eigentum des Konzerns Stadt Leverkusen.“

Punkt 2 ist der im Antrag der Fraktion OP aufgeführte Absatz „Die LPG wird baldmöglichst überall, wo es im Stadtgebiet sinnvoll möglich und betriebswirtschaftlich darstellbar ist, Parkpaletten für Pendler (P&R) errichten. Dabei ist immer auch eine attraktive und sichere Unterstellmöglichkeit für Fahrräder mit einzuplanen.“

Der Vorsitzende, Rh. Eimermacher (CDU), lässt getrennt über die Punkte 1 und 2 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag zu Punkt 1

dafür: 13 (5 CDU, 4 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 3 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag zu Punkt 2

Persönliche Notizen:

**Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am
26.02.2018**

dafür: 1 (OP)
dagegen: 12 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Soziale Gerech-
tigkeit)
Enth.: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW, 1 FDP)

Persönliche Notizen:

- 10 Grundstücke für Gewerbe-/Industrienutzung
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 16.02.18
2018/2121

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Der Tischantrag Nr. 2018/2121 wird auf Antrag von Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) nicht auf die Tagesordnung genommen.

Persönliche Notizen:

- 11 Wirtschaftsplan 2018 der Klinikum Leverkusen gGmbH (Klinikum)
 - Erteilung von Weisungen nach § 113 Abs. 1 GO NRW
 2017/2057

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 13 (5 CDU, 3 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)

Rh. Ippolito (SPD) hat gem. § 31 Abs. 1 i.V.m. § 43 Abs. 2 GO NRW an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Persönliche Notizen:

15 Standortkonzept für die Zukunftssicherung von Schloss Morsbroich in Leverkusen

15.1 Verwaltungsvorlage
2018/2063

15.2 Ergänzungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.01.18 (Eingang 01.02.18) zur Vorlage Nr. 2018/2063
2018/2113

Betriebsausschuss KulturStadtLev am 23.01.2018:

Die Vorlage Nr. 2018/2063 wird gemeinsam mit den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion Nr. 2018/2090, TOP 3.1, und der SPD-Fraktion Nr. 2018/2092, TOP 3.2, behandelt. Im Laufe der Diskussion einigen sich die antragstellenden Fraktionen darauf, ihre Anträge in einem Antrag zusammenzuführen. Der gemeinsame Änderungsantrag der CDU- und SPD-Fraktion erhält folgenden Wortlaut:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen nimmt das „Standortkonzept für die Zukunftssicherung von Schloss Morsbroich in Leverkusen“ des Museumsverein Morsbroich e. V. zur Kenntnis und verfolgt das Ziel, die Vorschläge als Einheit umzusetzen, da es sich um ein schlüssiges Gesamtkonzept handelt.
2. Das Ziel der einheitlichen Umsetzung wird durch die im Standortkonzept bereits benannte Person des Liegenschaftsmanagers/-managerin vorangetrieben. Die Stelle wird zunächst unmittelbar beim Oberbürgermeister zeitnah eingerichtet und wird dann perspektivisch Teil der Betriebsleitung. Dies ist die Vorstufe zur Gründung der zukünftigen Organisationsform eines Eigenbetriebs mit Betriebsausschuss, wie im Konzept vorgeschlagen.

Die Aufgaben der zu schaffenden Stelle sind vorrangig, die rechtlichen, finanziellen, organisatorischen, stellenplanmäßigen Voraussetzungen baldmöglichst zu schaffen, um die vom Museumsverein vorgeschlagene

- Herauslösung des Museums aus der Kulturstadt Leverkusen und die
- Gründung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Schloss Morsbroich“

zu gewährleisten.

Persönliche Notizen:

3. Für die Realisierung der darüberhinausgehenden Vorschläge legt der Oberbürgermeister einen regelmäßig fortzuschreibenden Umsetzungsplan erstmalig zum nächstmöglichen Sitzungsturnus vor.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Mitgliedern des Museumsvereins zu erörtern, inwiefern bei ihnen das Interesse besteht, zukünftig zunächst in einem politisch- und verwaltungsunabhängigen Beirat und ggfs. später im zu gründenden Betriebsausschuss weiter mitzuarbeiten, da dieses außergewöhnliche Engagement des Gremiums auch weiterhin als notwendig bei der Umsetzung des Standortkonzeptes erachtet wird.

Herr Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt einen Vertagungsantrag, da noch Beratungsbedarf in der Fraktion bestehe. Die Vorsitzende lässt zunächst über diesen Antrag abstimmen.

dafür: 3 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)
dagegen: 11 (5 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 FDP)

Anschließend lässt die Vorsitzende, Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die Vorlage in der Fassung des gemeinsamen Antrags abstimmen und betont dabei, dass sie in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende dem Antrag zustimmen werde.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage in der Fassung des gemeinsamen Antrags der CDU- und SPD-Fraktion

dafür: 12 (5 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
Enth.: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Herr Stadtdirektor Märtens gibt folgende Stellungnahme zum TOP 3.1. (Verwaltungsvorlage Nr. 2018/2063) ab:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
In meiner Funktion als Kämmerer muss ich an dieser Stelle auf folgende Aspekte hinweisen und weise gleichzeitig daraufhin, dass es mir hierbei nicht um inhaltliche Aussagen zur Feststellung des Gutachtens geht, sondern ich lediglich die fiskalische Betrachtung im Gesamtkontext Haushalt/Genehmigung Haushalt 2018 darstelle.

Persönliche Notizen:

Module aus dem Standortkonzept dürfen – sofern es sich nicht um „einfache“ Ertragsverbesserungen oder Aufwandsreduzierungen, wie z. B. Entgelte für Eintritt und Kurse der Museumspädagogik oder Reduzierung von Öffnungszeiten, handelt – deshalb nur umgesetzt werden, wenn für die investiven Maßnahmen und die konsumtiven Folgekosten ein Dritter rechtsverbindlich zur Verfügung steht, der diese Kosten zu 100 % übernimmt.

Alle im Gutachten benannten Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn keine Belastung, sowohl investiv als auch konsumtiv, für den Haushalt entsteht. Hierzu zählen auch Verschiebungen von Finanzpositionen zu Lasten des Kernhaushaltes.

Abschließend weise ich auf die bestandskräftige Verfügung der Bezirksregierung Köln zum Haushalt 2017 und die hierin gemachten Aussagen zur Finanzierung der KulturStadtLev (KSL) hin.

Vor diesem Hintergrund weise ich ebenfalls darauf hin, dass die Kommunalaufsicht im Zusammenhang mit der Genehmigung des Haushaltes 2018 bereits Nachfragen zur Beschlusslage im Betriebsausschuss KulturStadtLev gestellt hat.“

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) stellt folgende Frage: „Wurden in der Vergangenheit die denkmalschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten bzw. wie wurden diese sichergestellt?“

Rh. Ippolito (SPD) gibt zu Protokoll, dass er den Betrieb einer eigenbetrieblichen Einrichtung für völlig verfehlt hält und regt statt dessen die Gründung einer Stiftung an. Der Vorteil einer solchen Stiftung wäre die bessere und einfachere Möglichkeit, finanzielle Mittel für das Schloss Morsbroich zu beschaffen. Rh. Ippolito (SPD) weist ausdrücklich darauf hin, dass dieser Vorschlag eine rein persönliche Aussage von ihm darstellt und diese nicht mit seiner Fraktion vorher abgestimmt wurde.

Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU) beantragt in Ergänzung zum Beratungsergebnis des Betriebsausschusses KulturStadtLev vom 23.01.2018 einen neuen Punkt 5 aufzunehmen, der sich auf die vorhergehenden Ausführungen des Herrn Stadtdirektor Märtens bezieht.

Der neue Punkt 5 soll lauten:

Persönliche Notizen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Museumsverein die Finanzierung der Umsetzung des Konzeptes, konsumtiv wie investiv, ausschließlich über Drittmittel außerhalb des städtischen Haushaltes sicherzustellen.“

Rh. Eimermacher (CDU) schlägt vor, über die Vorlage wie in der Sitzung des Betriebsausschusses KulturStadtLev vom 23.01.2018, unter Ergänzung des neuen Punktes 5, abzustimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage Nr. 2018/2063 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses KulturStadtLev vom 23.01.2018, unter Ergänzung des neuen Punktes 5.

dafür: 11 (5 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 5 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 PRO NRW)

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2113

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)

dagegen: 13 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (OP)

Persönliche Notizen:

- 17 Montanus-Realschule - Schaffung einer Dependance im Schulgebäude der Heinrich-Lübke-Straße
2017/2037

Schulausschuss am 22.01.2018:

Es wird mehrfach angemerkt, dass die Schulleitung und die Schulkonferenz mit der Schaffung einer Dependance im Gebäude der GGS Heinrich-Lübke-Straße einverstanden sind.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 13 (4 CDU, 4 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 2 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich gegen die Dependance aus, da sich auch Lehrer- und Elternvertreter gegen diese Einrichtung ausgesprochen haben. Zudem ist Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) der Auffassung, dass diese Diskussion in den Schulausschuss gehört.

Rh. Schönberger (CDU) führt hierzu den Beschluss der Schulkonferenz an sowie die fachlichen Gründe, die für die Dependance sprechen.

Rf. Springer (SPD) erläutert, dass aufgrund der räumlichen Nähe zwischen Hauptgebäude der Schule und der Dependance sowie der Auslagerung von zwei kompletten Jahrgängen inklusive der Lehrer hier keine Probleme durch die Einrichtung der Dependance zu erwarten sind.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 14 (6 CDU, 5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP)

dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 01.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 18 2. Änderung der Entgeltordnung KSL/Stadtarchiv
2017/2048

Betriebsausschuss KulturStadtLev am 23.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat

Wie Vorlage

dafür: 13 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)

dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 15 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,
1 OP, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 1 (PRO NRW)

Persönliche Notizen:

- 19 Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder freier Träger
- Übernahme des Trägeranteils für die Tageseinrichtungen für Kinder des Caritasverbandes Leverkusen e. V. Maximilian Kolbe, Pommernstr. 125 und St. Matthias, Spandauer Str. 20
2017/2012

Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 18.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Frau Dahlem (Caritasverband) hat an der Abstimmung gem. § 31 GO NRW nicht teilgenommen.

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu den Punkten 1 und 3

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 01.02.2018:

Zu Beschlusspunkt 2 bittet Herr Pockrand (SPD) die Verwaltung um Beantwortung der Frage, ob es möglich ist, eine Einflussnahme der Stadt Leverkusen durch ein Belegungsrecht von 25 % in den Vertrag zwischen dem Caritasverband Leverkusen e.V. und der Stadt Leverkusen aufzunehmen.

Frau Weber (01) sagt eine Beantwortung bis zum Finanz- und Rechtsausschuss zu.

(Redaktioneller Hinweis:

Die Stellungnahme der Verwaltung lautet: Öffentlich geförderte Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen können neben der Stadt in kirchlicher Trägerschaft, in freier Trägerschaft (anerkannte Träger der freien Jugendhilfe) oder von Elterninitiativen betrieben werden. Bei einer nicht städtischen Trägerschaft sind die Vorschriften von § 4 Sozialgesetzbuch VIII zu beachten. Dort ist festgeschrieben, dass die Aufgabenerfüllung der Selbständigkeit des freien Trägers in Zielsetzung und Durchführung der Aufgaben sowie in der Gestaltung der Organisationsstruktur unterliegt. Im Rahmen dieser Trägerautonomie betreiben die entsprechenden Träger die Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) vom 30.10.07 eigenständig. Fixe Vorgaben im Hinblick auf z. B. die Platzvergabe der Betreuungsplätze in einer entsprechend betriebenen Tageseinrichtung für Kinder stehen mit dieser gesetzlich

Persönliche Notizen:

zugesicherten Trägerautonomie nicht im Einklang.)

Beschlussempfehlung an den Rat:
Wie Vorlage zu den Punkten 2 und 3
- einstimmig -

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 15 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO
NRW, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

Persönliche Notizen:

- 20 Erstellung eines externen Notfallplanes vor Öffnung der Altlast Dhünnaue
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 07.12.17
- m. Stn. und Schreiben v. 15.12.17
- Neudruck
- m. Stn. v. 18.01.18
2017/2026

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 11.12.2017:

Im Verlauf der Diskussion wird auf Antrag von Rh. Scholz (CDU) „Schluss der Debatte“ gemäß § 8 Absatz 1 Buchstabe b) ff) der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Leverkusen, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen mehrheitlich abgelehnt und „Schluss der Rednerliste“ gemäß § 8 Absatz 1 Buchstabe b) bb) der vorgenannten Geschäftsordnung auf Antrag von Rh. Eckloff (CDU) mehrheitlich beschlossen.

Herr Berghaus (SPD) regt an, die Anwohner im Bereich der Deponie Dhünnaue durch einen entsprechenden „Briefkasteneinwurf“ über den geplanten Bau des Regenrückhaltebeckens und die damit verbundene mögliche Gefahrenlage zu informieren und diesen Flyer auch digital auf der städtischen Homepage einzustellen.

Nach dem Ende der Rednerliste lässt Frau Bezirksvorsteherin Sidiropulos über den Antrag Nr. 2017/2026 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 7 (4 SPD, 3 CDU)

Enth.: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rat der Stadt Leverkusen am 18.12.2017:

Im Verlauf der Diskussion beantragt Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), den Antrag Nr. 2017/2026 in den nächsten Turnus mit Vorberatungen zu vertagen, damit offene Fragen von der Verwaltung beantwortet werden können.

Rh. Beisicht (PRO NRW) spricht dagegen.

Frau Bürgermeisterin Lux lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Persönliche Notizen:

Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 26.02.2018

dafür: 41 (OB, 15 CDU, 13 SPD, 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP,
2 FDP, 2 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 6 (4 BÜRGERLISTE, 2 PRO NRW)
Enth.: 2 (1 DIE LINKE, Rh. Dietrich)

Herr Oberbürgermeister Richrath erklärt, dass Sicherheitshinweise für die Bevölkerung bereits auf der Homepage der Stadt Leverkusen eingestellt sind. Er sagt zu, die Anregung aus der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 11.12.17, die Anwohner der Deponie auch über ein Flugblatt über diese Sicherheitshinweise zu informieren, umzusetzen. Außerdem betont er, dass die Bezirksregierung Köln prüft, ob es sich um einen Störfallbetrieb handelt, für den ein externer Notfallplan zu erstellen wäre. Darüber hinaus liegt eine Strafanzeige gegen ihn vor. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob Herr Oberbürgermeister Richrath einen externen Notfallplan hätte beauftragen müssen.

Rf. Springer (SPD) schlägt vor, diese Handlungsanweisungen auch in die App NINA aufzunehmen.

Herr Greven (37) sagt dies zu.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) beantragt, dass die Verwaltung für die im näheren Umfeld der Deponie wohnenden Bürger ein Flugblatt entwirft, das beschreibt, wie bei einem Störfall zu handeln ist.

Frau Bürgermeisterin Lux betont, dass von Herrn Oberbürgermeister Richrath zugesagt wurde, dass ein solches Flugblatt von der Stadt entwickelt wird.

Rh. Ippolito (SPD) beantragt, dass der Rat die im Verlauf der Diskussion gemachten Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Richrath positiv unterstützt.

Hierüber lässt Frau Bürgermeisterin Lux abstimmen.

- einstimmig -

Bürger- und Umweltausschuss am 18.01.2018:

Frau Beigeordnete Deppe sagt zu, dass die sich zurzeit in Druck befindlichen Flyer zur Information der Öffentlichkeit zeitnah verteilt werden.

Persönliche Notizen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)

dagegen: 12 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)

Enth.: 1 Soziale Gerechtigkeit

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Rh. Ippolito (SPD) verweist einleitend auf die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet um Mitteilung, wann die angekündigten Flyer zur Öffnung der Altlast Dhünnaue verteilt werden. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die gemeinsam durch die Stadt Leverkusen sowie Straßen.NRW erstellten Flyer zurzeit durch Straßen.NRW gedruckt und in den nächsten Tagen verteilt werden.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Der Tagesordnungspunkt 5 (Antrag Nr. 2017/2026) wurde zu Beginn der Sitzung mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Persönliche Notizen:

- 21 Fußgänger- und Radfahrbrücke über den Rhein
- Antrag der Gruppe FDP vom 21.09.17
- Neudruck
2017/1887

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 20.11.2017:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 3 (1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP)

dagegen: 14 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,
1 DIE LINKE)

Enth.: 1 (Soziale Gerechtigkeit)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 27.11.2017:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig dagegen -

Rat der Stadt Leverkusen am 18.12.2017:

Rf. Dr. Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) beantragt, den Tagesordnungspunkt in den nächsten Sitzungsturnus mit erneuter Vorberatung zu vertagen, da aus ihrer Sicht die Thematik in den Vorberatungen nicht ausreichend beraten wurde.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) widerspricht dem und erklärt, dass die Thematik aus ihrer Sicht im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen ausreichend beraten wurde.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt über den Antrag auf Vertagung in den nächsten Sitzungsturnus einschließlich Vorberatung abstimmen.

dafür: 24 (15 CDU, 3 OP, 2 PRO NRW, 2 FDP, 1 DIE LINKE, Rh. Dietrich)

dagegen: 23 (OB, 12 SPD, 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 BÜRGERLISTE,
2 Soziale Gerechtigkeit)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Herr Bartels (FDP) erläutert den Antrag seiner Gruppe.

Grundsätzlich begrüßen die Ausschussmitglieder eine derartige Brücke, sprechen sich jedoch in der anschließenden Diskussion mehrheitlich aus Kostengründen gegen den Antrag aus.

Persönliche Notizen:

Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 26.02.2018

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 OP, 1 FDP)

dagegen: 14 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Der Tagesordnungspunkt 4 (Antrag Nr. 2017/1887) wurde zu Beginn der Sitzung mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Persönliche Notizen:

- 22 Gefahrguttransporte durch den kurzen Tunnel im Bereich der heutigen Stelze der A 1
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 27.12.17
- m. Stn. v. 23.01.18
2017/2040

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:
Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Bartels (FDP) bittet um Erläuterung, wie es zu den unterschiedlichen Annahmen bezüglich der Verkehrsströme und der Gefahrguttransporte in den Gutachten von Straßen.NRW bzw. dem durch die Stadt Leverkusen in Auftrag gegebenen Gutachten kommen kann.

Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die beiden Gutachten tatsächlich von unterschiedlichen Zahlen in Bezug auf den prozentualen Anteil der Gefahrguttransporter an der Gesamtverkehrsmenge ausgehen. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass der städtische Gutachter hierzu ausgeführt hat, dass bei der Richtlinie, an deren Erstellung der Gutachter selbst beteiligt war, die Anzahl der Gefahrguttransporter in der Obergrenze bereits so dimensioniert worden ist, dass sie die besondere Situation von Leverkusen mit dem Chempark und den übrigen Unternehmen mit Gefahrguttransportern auch in Gänze berücksichtigt. Straßen.NRW hat hier jedoch noch einmal den Faktor der Richtlinie erhöht. Dies entspricht nach den Einschätzungen des städtischen Gutachters so nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Der Tagesordnungspunkt 6 (Antrag Nr. 2017/2040) wurde zu Beginn der Sitzung mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Persönliche Notizen:

**Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am
26.02.2018**

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 10 (4 CDU, 3 SPD, 2 OP, 1 PRO NRW)

Enth.: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 01.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 10 (5 CDU, 4 SPD, 1 FDP)

Persönliche Notizen:

- 24 Vorhaben "Hitdorf - Am Werth/Hitdorfer Kirchweg" in Leverkusen-Hitdorf
- 24.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 18.01.18 zur Vorlage Nr. 2017/1662/1
2018/2082
- 24.2 Verwaltungsvorlage
2017/1662/1

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich für eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes zum Schutz der Grünflächen, des Baumbestands und der Villa sowie für die Festschreibung des Fußweges aus. Frau Beigeordnete Deppe gibt hier zu bedenken, dass das Bebauungsplanverfahren durch den größeren Umriss auch erheblich kostenintensiver wird.

Herr Bartels (FDP) stellt den Antrag, auf Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrags der Fraktion BÜRGERLISTE.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Ausschuss wie folgt abstimmen:

Punkt 1: „Es wird beantragt, die Erweiterung der Geltungsgrenzen auf das ganze Flurstück 405 Am Werth 2 mit ca. 6.000 m² mit der Bebauung von 4 Doppelhaushälften festzusetzen.“

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2082 zu Punkt 1

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,
1 OP)

dagegen: 1 (FDP)

Punkt 2: „Es wird beantragt, die Einrichtung eines Fußweges vor den geplanten Doppelhaushälften festzuschreiben.“

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2082 zu Punkt 2

- einstimmig -

Punkt 3: „Es wird beantragt, den Schutz der verbleibenden Parkanlage und des Baumbestandes zu gewährleisten und den Geltungsbereich des Bebauungsplanes entsprechend zu vergrößern und damit die Grünfläche zu sichern.“

Persönliche Notizen:

Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 26.02.2018

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2082 zu Punkt 3:

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,
1 OP)

dagegen: 1 (FDP)

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage Nr. 2017/1662/1 mit vorgenannten Änderungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 18.01.2018, Antrag Nr. 2018/2082

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Die Tagesordnungspunkte zur Thematik Vorhaben "Hitdorf - Am Werth/Hitdorfer Kirchweg" in Leverkusen-Hitdorf - Einleitungsbeschluss/neue Priorität zum Bebauungsplanverfahren 7.1 (Änderungsantrag Nr. 2018/2082 der Fraktion BÜRGERLISTE vom 18.01.18 zur Vorlage Nr. 2017/1662/1) und 7.2 (Verwaltungsvorlage Nr. 2017/1662/1) werden gemeinsam beraten.

Auf Antrag von Rh. Scholz (CDU) erfolgt folgende gemeinsame Abstimmung über die Punkte.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2082 und Vorlage Nr. 2017/1662/1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 22.01.18

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 25 Bebauung des Bereichs "Zur Alten Fabrik/Stauffenbergstraße"
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.18
- m. Schreiben v. 13.02.18
- m. Schreiben v. 20.02.18
2018/2083

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:
Rh. Schönberger (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Tahiri (SPD) bittet um Erläuterung, ob die Nutzung der Tiefgaragen durch die späteren Mieter zwangsweise von dem Investor gefordert werden kann, da häufig den Mietern die Anmietung einer Tiefgarage zu teuer ist. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass durch die Verwaltung nur die Zuordnung eines Tiefgaragenplatzes zu der jeweiligen Wohneinheit im Rahmen der Baugenehmigung geprüft wird. Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht eine Umsetzung eines Nutzungszwangs nur in der Reduzierung der öffentlichen Parkflächen mit entsprechender Verhinderung des wilden Parkens in den Wohngebieten durch regelmäßige Kontrollen durch den Fachbereich Straßenverkehr.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt eine Vertagung in den Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Vertagungsantrag in den Rat abstimmen:
- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:
Herr Krampf (SPD) beantragt eine Vertagung in den Rat.

Hierüber lässt Herr Bezirksvorsteher Schiefer abstimmen.
dafür: 3 (SPD)
dagegen: 9 (4 CDU, 2 OP, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 PRO NRW,
 1 BÜRGERLISTE)

Somit ist die Vertagung abgelehnt.

Nach einer kurzen Diskussion lässt Herr Bezirksvorsteher Schiefer nun über den Antrag Nr. 2018/2083 abstimmen.

Persönliche Notizen:

**Beratungsergebnisse für die 33. Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am
26.02.2018**

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 8 (4 CDU, 2 OP, 1 PRO NRW, 1 BÜRGERLISTE)

Enth.: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Persönliche Notizen:

28 Sanierungs- und Instandhaltungskonzept Schultoiletten

28.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.18 zum Antrag Nr. 2018/2087
2018/2114

28.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.18
2018/2087

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Rh. Tahiri (SPD) erläutert den Antrag Nr. 2018/2087 seiner Fraktion.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um Darstellung des Arbeitsprogramms des Fachbereichs Gebäudewirtschaft in Bezug auf die Toilettenanlagen in Schulen.

Herr Kursawe (65) erläutert, dass es kein systematisches Sanierungsprogramm für Toilettenanlagen an Schulen gibt. Wenn Schulen saniert werden, werden auch die Toilettenräume erneuert. Auch im Rahmen der vorbeugenden Bauunterhaltung werden viele Anlagen auf Stand gebracht. Bedarfe werden durch die regelmäßigen Begehungen durch die Kollegen des FB 65 oder durch die Schulen gemeldet. Häufig ist jedoch das Nutzerverhalten Grund für die Beanstandungen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:
Wie Antrag Nr. 2018/2087
- einstimmig -

Schulausschuss am 22.01.2018:
Beschlussempfehlung an den Rat:
Wie Antrag Nr. 2018/2087
- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:
Beschlussempfehlung an den Rat:
Wie Antrag Nr. 2018/2087
- einstimmig -

Persönliche Notizen:

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2087

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 01.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag Nr. 2018/2087

- einstimmig -

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Rh. Ippolito (SPD) schlägt vor, die Anträge Nrn. 2018/2114 und 2018/2087 zusammen zulegen und schlägt weiterhin einen neuformulierten Antrag vor.

Die Neuformulierung lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Schulen die entsprechenden Räumlichkeiten der Schultoiletten nach einem Sanierungsplan nach Priorität aufzustellen. Vor Inbetriebnahme der Toiletten wird, gemeinsam mit der entsprechenden Schule, ein auf dauerhafte und nachhaltige Sicherung bzw. Reinhaltung der Toiletten gerichtetes Konzept entwickelt.“

Der Vorsitzende Rh. Eimermacher (CDU) lässt über diese Neufassung der zusammengelegten Anträge Nrn. 2018/2114 und 2018/2087 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Schulen die entsprechenden Räumlichkeiten der Schultoiletten nach einem Sanierungsplan nach Priorität aufzustellen. Vor Inbetriebnahme der Toiletten wird, gemeinsam mit der entsprechenden Schule, ein auf dauerhafte und nachhaltige Sicherung bzw. Reinhaltung der Toiletten gerichtetes Konzept entwickelt.

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 29 Erweiterung der Nachtbuslinien der wupsi
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.18
2018/2070

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Herr Schmitz (66) stellt dar, dass die wupsi GmbH zurzeit ein umfassendes Gesamtoptimierungskonzept zu sämtlichen vorliegenden Mängelanzeigen und Anregungen aus der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft zu Taktfrequenzen, Erweiterungen von Buslinien etc. erstellt. Dieses Konzept, dessen Ergebnisse für den Herbst 2018 erwartet werden, soll einen Baustein des Mobilitätskonzeptes darstellen. Herr Schmitz (66) empfiehlt daher, die Erweiterung der Nachtbuslinien, deren Umsetzung sich nach Schätzungen auf ca. 50.000 € jährliche Kosten beläuft, als Prüfauftrag in dieses Konzept zu vertagen.

Rh. Ippolito (SPD) fasst die Diskussion im Ausschuss zusammen. Grundsätzlich ist nach seiner Ansicht eine Erweiterung der Nachtbuslinien begrüßenswert und entspricht auch den Anforderungen an das geänderte Nutzungsverhalten.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung als Prüfauftrag in das Konzept der wupsi GmbH abstimmen:

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Die Tagesordnungspunkte zur Thematik „Erweiterung der Nachtbuslinien der wupsi“ 18.1 (Antrag Nr. 2018/2070) und 18.2 (Ergänzungsantrag Nr. 2018/2097) werden gemeinsam beraten und abgestimmt.

Auf Antrag von Rh. Scholz (CDU) wird folgende Beschlussempfehlung an den Rat, analog der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 22.01.18, abgegeben:

Der Antrag Nr. 2018/2070 wird als Prüfauftrag in das Gesamtoptimierungskonzept der wupsi GmbH verwiesen.

- einstimmig -

Beschluss zum Antrag Nr. 2018/2097:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine weitere Fahrt der Linie 233, außerhalb der Wochenendnächte, um ca. 0:10 Uhr ab Leverkusen-Mitte bis Hitdorf einzurichten.

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

Rh. Scholz (CDU) bittet nochmal darum, die Anbindung der Buslinien im Zusammenhang mit der vor einiger Zeit geänderten Taktung der S-Bahn mit Auswirkung auf die Haltestelle Leverkusen-Rheindorf zu prüfen und soweit wie möglich anzupassen.

Außerdem moniert Rh. Scholz (CDU), dass die Nachtbuslinie N23 von Wiesdorf kommend über Rheindorf-Süd nach Hitdorf und erst anschließend über Rheindorf-Nord nach Wiesdorf zurück fährt. Er schlägt vor, von Wiesdorf kommend zuerst Rheindorf (Rheindorf-Süd/Rheindorf-Nord) und dann Hitdorf anzufahren.

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II verweist den Antrag analog der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 22.01.18 einstimmig als Prüfauftrag in das Gesamtoptimierungskonzept der wupsi GmbH.

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 01.02.2018:

Auf Vorschlag von Herrn Prangenberg (CDU) verweist die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III den Antrag analog der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 22.01.18 einstimmig als Prüfauftrag in das Gesamtoptimierungskonzept der wupsi GmbH.

Persönliche Notizen:

- 30 Rettungsdienstgebühren 2018 und 2019
- m. Erg. v. 15.02.18
2017/2058

Bürger- und Umweltausschuss am 18.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 15 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLIS-
TE; 1 OP, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 PRO NRW

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 31 Wiesdorf- Entwicklung des Postgeländes Heinrich-von-Stephan-Straße 2017/2053

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) gibt die in der Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Erklärung zu Protokoll.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich in einer eingehenden Diskussion insgesamt für das Projekt und die gute Entwicklung für den neuen Eingangsbereich der City aus.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 29.01.2018:

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) macht darauf aufmerksam, dass in verschiedenen Vorlagen, die das Gebiet des Leverkusener Stadtzentrums betreffen (z. B. City C, Gelände der ehemalige Bullenklöster/Ganser Brauerei, etc.), des Öfteren die Konzeptionen für die Planung von Hotels aufgeführt sind. Er bittet die Verwaltung darum, zur Investorensicherheit entsprechende Grobplanungen aufeinander abzustimmen, damit es nicht zu Überkapazitäten und damit zu Leerständen kommt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 32 12. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Bürrig - südlich Olof-Palme-Straße"
- Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss über Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung
- Feststellungsbeschluss
2017/2028

Bürger- und Umweltausschuss am 18.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 33 Bebauungsplan Nr. 225/II "Bürrig - südlich Olof-Palme-Straße/Europaring"
- Abwägungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
2017/2029

Bürger- und Umweltausschuss am 18.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 22.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 30.01.2018:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 35 Kostenloser Nahverkehr
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.18
2018/2125

Der Tischantrag Nr. 2018/2125 wird auf Antrag von Rh. Baake (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN) nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Persönliche Notizen:

Nichtöffentliche Sitzung

- 4 Grundstücksveräußerung Erbbaurecht in Wiesdorf
2018/2084

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:
Beschlussempfehlung an den Rat:

Die Stadt veräußert an
den Erbbaurechtsinhaber

Lebenshilfe für Menschen mit
geistiger Behinderung Leverkusen
e. V.

das Erbbaugrundstück
Gemarkung
Flur
Flurstück
groß
zum Kaufpreis von

Stegerwaldstr. 4,
Wiesdorf,
27,
531,
2.469 m²,
341.693,- €.

(Lageplan siehe Anlage 3 zur Vorlage)

Im Übrigen gelten die Bedingungen der Begründung.
- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 5 Besetzung der Stelle einer Schulaufsichtsbeamtin beim Schulamt für die Stadt
Leverkusen
2017/2059

Schulausschuss am 22.01.2018:
Beschlussempfehlung an den Rat:
Wie Vorlage
- einstimmig -

Persönliche Notizen:

- 6 Veräußerung des Wohnbaugrundstücks G01 im Baugebiet des Bebauungsplans Nr. 208 B/II "Opladen - nbso/Westseite - Quartiere" 2018/2119

Finanz- und Rechtsausschuss am 19.02.2018:

Auf Antrag von Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU) wird die Vorlage Nr. 2018/2119 einstimmig in den Rat vertagt.

21.02.2018
01-011-31-00-gr
Daniel Greger
Tel. 88 84

Persönliche Notizen: